

Mazedonien

Gesamteinschätzung

Die mazedonische Wirtschaft hatte im Jahr 2001 unter den ethnischen Konflikten zwischen der mazedonischen Bevölkerungsmehrheit und der albanischstämmigen Minderheit zu leiden. Als Folge davon war das Wirtschaftswachstum erstmals seit 1995 wieder negativ. Das reale BIP lag um 4,6% unter dem Vorjahreswert, pro Kopf betrug der Rückgang sogar 5,1%. Angeführt wurde die Rezession von einem Rückgang der industriellen Produktion um real 10,1%. Die Landwirtschaft hatte wie bereits im Vorjahr unter einer lang anhaltenden Trockenheit zu leiden. Da der Abwärtstrend der Industrieproduktion sich in den ersten beiden Monaten des laufenden Jahres noch verstärkt hat, wird das regierungsamtliche Wachstumsziel von real 4% für 2002 kaum zu erreichen sein.

Der wirtschaftliche Einbruch hat auch den ohnehin äußerst angespannten Arbeitsmarkt erfasst. Die Zahl der Beschäftigten hat 2001 gegenüber dem Vorjahr um über 4% abgenommen. Dennoch hat sich die Arbeitslosigkeit nicht erhöht, sondern ist von 32,2% auf 30,5% gesunken, da viele Reservisten zum Militär und zur Polizei eingezogen wurden. Besser reflektiert wird die Lage auf dem Arbeitsmarkt durch die im Jahresvergleich um 3% rückläufigen Reallöhne (-1,9% im Jahresdurchschnitt). Dass die Arbeitslosigkeit nicht stärker auf die Wirtschaftsentwicklung reagierte, ist auch auf ein vermindertes Reformtempo zurückzuführen. So wurde die Aufgabe, die 40 größten Verlustbetriebe des Landes zu schließen oder zu verkaufen, wegen der befürchteten sozialen Probleme zum wiederholten Male vertagt. Die Regierung hat sich nunmehr verpflichtet, das Problem bis Ende des laufenden Jahres zu lösen, was kurzfristig den Arbeitsmarkt weiter belasten wird.

Die in den letzten Jahren stets vorbildliche Haushaltsdisziplin konnte 2001 nicht durchgehalten werden. Um eine noch schärfere Rezession zu vermeiden, wurde ein Haushaltsdefizit in Höhe von 6% des BIP in Kauf genommen; im Vorjahr wurde noch ein Überschuss in Höhe von 3,5% erzielt. Im laufenden und im nächsten Jahr sollen die Haushaltsdefizite zurückgeführt werden, doch mit rd. 3,5% bzw. 2,5% auf höherem Niveau liegen als in der Periode von 1994 bis 2000.

Produktion und Verwendung des BIP

Der politische, ethnische und soziale Konflikt hat die makroökonomische Stabilität des Landes erschüttert. Die Sicherheitskrise begann Anfang des Jahres und mündete in Kämpfen zwischen dem mazedonischen Militär und der Polizei auf der einen und albanischstämmigen Aufständischen auf der anderen Seite. Die bereits reduzierten Wachstumserwartungen von real 3% wurden unter diesen Umständen drastisch verfehlt. Statt dessen war ein Rückgang des BIP gegenüber 2000 von 4,6% zu verzeichnen. Im Folgenden werden, soweit nicht anders angegeben, reale Größen betrachtet.

Die industrielle Produktion führte den Wirtschaftsabschwung an. Sie lag 2001 um 10,1% unter dem Vorjahreswert. Der Einbruch der Industrieproduktion war umfassend: 27 von 32 Branchen registrierten einen Produktionsrückgang. Lediglich die Branchen der Produktionsgüterindustrie konnten den Ausstoß gegenüber 2000 um 23,2% erhöhen. Den schärfsten Einbruch hatte die Eisen- und Stahlindustrie zu verzeichnen, deren Output um 31,9% einbrach. Die Eisen- und Stahlindustrie steht für 4,3% der gesamten Industrieproduktion. Stark rückläufig war auch die Produktion der Erdöl verarbeitenden Industrie (-27,4%) und der Basischemie (-25,7%), die 0,5% bzw. 5,5% zur gesamten Industrieproduktion beitragen. Relativ günstig hat die Elektrizitätswirtschaft ab-

geschnitten, deren Produktion nur um 6,5% unter dem Vorjahresniveau lag und die mit einem Anteil von 17,4% an der gesamten Industrieproduktion ein Schwergewicht darstellt.

Im Oktober und November war nach der Entschärfung der Sicherheitskrise zunächst auch eine Erholung der Industrieproduktion zu beobachten. Doch im Dezember sorgte ein unerwarteter Produktionsrückgang von 23,3% gegenüber dem Vorjahresmonat (-14,4% gegenüber dem Vormonat) für einen empfindlichen Rückschlag im Aufholprozess. Diese Entwicklung setzte sich auch in den ersten beiden Monaten des laufenden Jahres fort, in denen der Wert der industriellen Produktion bei nur 81,7% der entsprechenden Vorjahresperiode lag. Konnte für Dezember 2001 noch der Basiseffekt einer außergewöhnlich hohen Produktion im Dezember 2000 als Erklärung angeführt werden, so ist dieser Erklärungsansatz für Januar und Februar 2002 nicht mehr überzeugend, da sich das Land Anfang 2001 bereits in der Krise befand. Die Erholung der industriellen Produktion scheint erst mit deutlicher zeitlicher Verzögerung einzusetzen. Das Wachstumsziel der Regierung von 4% des BIP für das laufende Jahr wird unter diesen Umständen kaum mehr zu erreichen sein.

Die landwirtschaftliche Produktion hatte, wie bereits im Vorjahr, unter ungünstigen klimatischen Bedingungen zu leiden. Ebenfalls keine positiven Im-

pulse gingen von der Bauwirtschaft aus. Der Umsatz lag 2001 um 2,1% unter dem Vorjahresniveau. Der Auftragseingang hat sich jedoch um 3,9% erhöht, was für eine bevorstehende Trendwende in der Bauwirtschaft spricht.

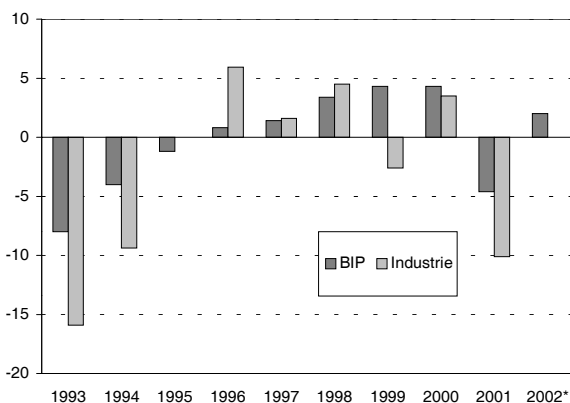
Wie bereits in den Vorjahren war auch 2001 der Dienstleistungssektor ein relativ stabiler Pfeiler in der wirtschaftlichen Entwicklung. Er profitiert von der Anwesenheit ausländischer Truppen und Hilfsorganisationen. Doch kam es auf dem Höhepunkt der Sicherheitskrise zu Umsatzeinbußen, da die internationalen Berater und Sicherheitskräfte im Kosovo, die ihre Freizeit häufig zur Erholung und zum Einkaufen in Mazedonien nutzen, von der Krise abgeschreckt wurden und dem Lande fernblieben.

Die Konsumausgaben haben sich real um 2,5% vermindert. Die Konsumnachfrage wurde allein vom öffentlichen Sektor gestützt, wie die Ausgabensteigerung (ohne Zinsen) von 13,1% gegenüber dem Vorjahr zeigt. Die privaten Konsumausgaben sind dagegen um 10,1% gesunken.

Unter der Sicherheitskrise besonders zu leiden hatten die Investitionen. Der Rückgang der Investitionsausgaben wird auf rund 30% geschätzt, während im Vorjahr noch eine Erhöhung um 14,9% realisiert wurde. Insgesamt ist die inländische Nachfrage um 6,4% zurückgegangen, die gesamtwirtschaftliche Nachfrage um 8,3%.

Nach der Beruhigung der Sicherheitslage im Land ist im laufenden sowie im nächsten Jahr wieder mit einer stark anziehenden Investitionsnachfrage zu rechnen. Positive Schätzungen sehen eine Zunahme der Investitionen von nahezu 20% in den beiden Jahren. Zumindest in den ersten beiden Monaten des laufenden Jahres werden nach den Ergebnissen der industriellen Produktion davon aber Abstriche gemacht werden müssen. Dennoch sollte ein Anziehen der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage um rund 3% im laufenden Jahr realisierbar sein.

Reales Wachstum des BIP und der Industrie
in %



* Prognose.

Der Zufluss ausländischer Direktinvestitionen (ADI) hat sich trotz der ungünstigen Rahmenbedin-

gungen auf rund 350 Mio. USD erhöht, nachdem bereits im Vorjahr ein sehr gutes Ergebnis erzielt wurde. Allerdings beruhen die ADI im Jahr 2001 im wesentlichen auf einer einzigen Transaktion Anfang des Jahres, während im weiteren Jahresverlauf ausländische Investoren praktisch kein Interesse mehr zeigten. Deutsche Investoren haben sich bereits in den Jahren 1999 und 2000 mit jeweils 1 Mio. EUR nicht in nennenswertem Umfang engagiert. Unternehmen mit ausländischer Beteiligung zeigen eine vergleichsweise positive Entwicklung. So konnten diese auch in der Sicherheitskrise ihre Exporte ausweiten. Dies ist auf verstärkte Restrukturierungsbemühungen zurückzuführen, die mit ausländischen Investitionen regelmäßig verbunden sind. Ein ausreichender Zufluss von ADI kann als die entscheidende Voraussetzung für die Restrukturierung der Industrie angenommen werden.

Arbeitsmärkte, soziale Lage

Infolge des Wirtschaftseinbruchs hat sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt weiter verschärft. Dies wird zwar durch die amtlichen Arbeitslosenzahlen nicht reflektiert. Die jahresdurchschnittliche Arbeitslosenrate ist sogar von 32,2% auf 30,5% gesunken. Doch auch die Anzahl der Arbeitsplätze im Unternehmenssektor ist um 4,1% in der Zeit von Oktober 2000 bis Ende September 2001 gesunken. In der Industrie war die Beschäftigung noch stärker rückläufig. Dass der Rückgang der Beschäftigung nicht auf die Arbeitslosenzahlen durchgeschlagen hat, liegt an der Einziehung einer großen Zahl von Reservisten zum Militärdienst oder zur Polizei wegen der Sicherheitskrise. Die Sicherheitskräfte des Landes wurden aus Kostengründen zuvor vergleichsweise klein gehalten – eine Aufstockung hat erst die Sorge um die innere Sicherheit und die Einheit des Landes ausgelöst. Auf diesen Umstand dürfte auch der Rückgang der von den Behörden registrierten Arbeitssuchenden um 3,5% von September 2000 bis Ende September 2001 zurückzuführen sein.

Alarmierend ist die Struktur der Arbeitslosigkeit. Nach einer Arbeitsmarktuntersuchung im April und Mai 2000, die nach den ILO-Standards durchgeführt wurde, erreicht die Arbeitslosenrate bei Jugendlichen im Alter von 15 bis 19 Jahre 60,7%. Für die Gruppe der 20- bis 24-jährigen ist die Arbeitslosenrate mit 59,6% nur unwesentlich niedriger. Auch die Gruppe der 25- bis 29-jährigen weist noch eine Arbeitslosenrate von 49,7% auf. Dagegen liegt die Rate unter der weiblichen Bevölkerung mit 34,9% nur um 4,5 Prozentpunkte über der allgemeinen Arbeitslosenrate. Die Struktur der Arbeitslosigkeit weist noch immer die typischen Muster der Arbeiterselbstverwaltung auf. Während die Arbeitnehmer einen relativ hohen Schutz vor Entlassungen genießen, bleibt für Berufsanfänger der Arbeitsmarkt verriegelt. Der überwiegende Teil der jugendlichen Arbeitslosen wird so

in die Schattenwirtschaft abgedrängt. Diese droht sich auf diese Weise zu verfestigen. Erfahrungsgemäß scheidet nach einer Sozialisierung in der Schattenwirtschaft der Wechsel in die offizielle Wirtschaft häufig selbst dann, wenn strukturelle Änderungen auf dem Arbeitsmarkt dies erlaubten.

Eine Verbesserung der Situation auf dem Arbeitsmarkt, der nach wie vor die Achillesferse der mazedonischen Wirtschaft darstellt, ist jedoch auch in diesem Jahr nicht zu erwarten. Die Regierung hat sich gegenüber den internationalen Finanzinstitutionen verpflichtet, bis Ende des laufenden Jahres das Problem der 40 größten Verlustbetriebe mit rund 26 Tausend Beschäftigten nunmehr endgültig zu lösen. Dieser Schritt wurde bereits seit mehreren Jahren immer wieder wegen der befürchteten sozialen Auswirkungen verschoben, zuletzt wegen der schweren Wirtschaftskrise. Wenn der Fahrplan in diesem Jahr eingehalten wird, dürften wenigstens 10 Tausend Arbeitsplätze wegfallen. Anzumerken ist freilich, dass viele dieser Arbeitsplätze lediglich auf dem Papier bestehen.

Der durchschnittliche Nettolohn lag im Dezember bei 10.592 Denar. Im Jahresdurchschnitt lag der Nettolohn bei 10.552 Denar oder umgerechnet bei 154 USD. Die Nettolöhne sind im Jahresdurchschnitt nominal um 3,5% gestiegen, real aber um 1,9% gesunken. Auf Jahresendbasis hatten die Arbeitnehmer sogar reale Verluste von 3% zu verkraften. Die Löhne haben also nicht auf die Entschärfung der Sicherheitskrise reagiert, vielmehr setzen sie ihren realen Abwärtstrend bis Jahresende beschleunigt fort. Nach wie vor bleiben die Löhne in staatlichen Unternehmen und in Betrieben, die sich in gesellschaftlichem Eigentum befinden, staatlich reguliert, was dämpfend auf die Lohnentwicklung wirkt.

Die Löhne vermitteln, wie schon in den vergangenen Jahren, nur ein unvollständiges Bild der wirtschaftlichen Situation der Arbeitnehmer. Im Dezember 2001 erhielten 26,6% der Arbeitnehmer in Mazedonien kein Gehalt, was immerhin bereits 2,7 Prozentpunkte weniger als im November war. Die Zahlungsmoral bzw. Zahlungsfähigkeit der Unternehmen hat sich damit im Vergleich zum Vorjahr nochmals verschlechtert.

Die letzte Erhebung über die soziale Situation der privaten Haushalte datiert aus dem Jahre 2000. Danach lebten 22,3% der Bevölkerung unter der Armutsgrenze. Diese ist bei 70% des Medianeinkommens bzw. -konsums festgelegt. Die verbreitete Schattenwirtschaft, die Subsistenzlandwirtschaft und der Schmuggel verbessern aber die Lebensumstände eines großen Teils der Bevölkerung.

Staatshaushalt und Fiskalpolitik

Die in den vergangenen Jahren außerordentlich solide Haushaltspolitik mußte 2001 aufgegeben werden. Unter dem Eindruck der ethnischen Konflikte waren

vor allem erhöhte Ausgaben für Militär und Polizei für ein Haushaltsdefizit in Höhe von 6% des BIP verantwortlich. Damit wurde das höchste Defizit seit 1993 verzeichnet. Im Vorjahr konnte noch ein Haushaltsüberschuss von 3,5% des BIP erzielt werden. Die Ausgaben für innere und äußere Sicherheit erhöhten sich 2001 von zuvor veranschlagten 3,3% des BIP auf 10,3% des BIP. Zusätzlich wurde im zweiten Halbjahr ein Konjunkturprogramm durchgeführt, das ein Volumen von rund 0,5% des BIP repräsentiert. Finanziert wurde das Programm durch Einnahmen aus dem Verkauf der Telekommunikationsgesellschaft Maktel (rund 342 Mio. EUR), die zunächst zur Schuldentilgung und zur Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen vorgesehen waren. Die expansive Fiskalpolitik war erforderlich, um das Abgleiten in eine noch schärfere Rezession zu vermeiden. Der von der Fiskalpolitik ausgehende Wachstumsimpuls wird im letzten Jahr auf 6% bis 8% des BIP geschätzt.

Die realisierten Haushaltseinnahmen der Regierung blieben 2001 um 17% unter den erwarteten Einnahmen. Neben verminderten Steuereinnahmen infolge der Rezession waren auch zunehmende Steuerschulden zu beklagen. So haben sich die Mehrwertsteuerrückstände von April bis November 2001 auf 1,4 Mrd. Denar verdoppelt. Demgegenüber blieben die Ausgaben nur um 9% unter den Projektionen. Um das Haushaltsdefizit zu begrenzen, wurden Steuerreformen, die im Juni 2001 in Kraft treten sollten, zunächst verschoben. Dies hat zu Mehreinnahmen von rund 1,5% des BIP geführt. Zusätzlich wurde die Einnahmenseite durch eine ab dem 1. Juli für die Dauer eines halben Jahres neu erhobene Steuer auf Finanztransaktionen gestärkt. Aus dieser Steuer wurden Einnahmen in Höhe von rund 1,25% des BIP erzielt.

Die expansiv wirkende Fiskalpolitik des Jahres 2001 soll 2002 wieder einer Konsolidierung weichen. Auf der Ausgabenseite werden strukturelle Veränderungen für eine Entlastung sorgen. Die Zahl der Beschäftigten in der staatlichen Administration hat sich im ersten Halbjahr 2001 um 4.500 oder 6,5% verringert. Im laufenden Jahr werden die Ausgaben für innere und äußere Sicherheit laut Haushaltsentwurf wieder auf 5,9% des BIP zurückgeführt. Für eine kurzfristige Entlastung sorgen die Verschiebung der Kindergelderhöhung und der Aufschub der Entzerrung der Löhne für Staatsangestellte, die im Ergebnis zu einer Erhöhung der Löhne in den oberen Gehaltsgruppen führen wird. Mittelfristig sind jedoch aus der drängenden Reform des Rentensystems und des Unternehmenssektors noch erhebliche Belastungen zu erwarten.

Auf der Einnahmenseite wirken die Handelsabkommen, die einen schrittweisen Abbau der Einfuhrzölle vorsehen, belastend. Im Gegensatz zu 2001, als zum größten Teil nicht eingeplante Privatisierungserlöse in Höhe von 24,76 Mrd. Denar, rund 10% des BIP, die Finanzierung des Haushaltsdefizits

ermöglichten, ist im laufenden Jahr nicht mit nennenswerten Einnahmen aus der Privatisierung von Staatsbetrieben zu rechnen. Doch wird für 2002 wieder ein erhöhter Zustrom von Finanzhilfen der internationalen Gebergemeinschaft erwartet. Die Einführung der Steuer auf Kapitaltransaktionen, die zum Jahresende 2001 wieder fallen sollte, wird zunächst bis Mitte 2002 verlängert. Mittelfristig dürfte die Erhöhung des verminderten Mehrwertsteuersatzes von 5% für Güter des Grundbedarfs auf einen Einheitsatz von 19%, der vom IWF favorisiert wird, finanzielle Spielräume eröffnen. Im Gespräch sind auch eine Erhöhung der Tabaksteuer und die Einführung einer Abgabe auf Wein. Bislang kam die mazedonische Regierung diesem Wunsch mit dem Hinweis auf die sozialen Auswirkungen auf die Bevölkerung nicht nach.

Nach den Erfahrungen mit rückständigen Steuerzahlungen, v.a. der Unternehmen, wurde bereits eine bessere personelle sowie technische Ausstattung der Behörde in die Wege geleitet, die für die Steuerziehung verantwortlich ist. Diese Behörde hat diese Aufgabe erst übernommen. Zuvor war das aus der gesamtjugoslawischen Ära stammende Zahlungsbüro damit betraut.

Die Umstellung des Rentensystems wird den Staatshaushalt ab 2004 ebenfalls ganz beträchtlich belasten. Neben die umlagefinanzierte Rente wird eine kapitalgedeckte Komponente treten. Im Gegenzug wird der Beitragssatz für die Umlagekomponente von derzeit noch 20% auf 13% gesenkt. Die restlichen 7% dienen zum Aufbau eines individuellen Kapitalstocks. Diese Einnahmenseinsparungen müssen zum größten Teil aus dem Haushalt beglichen werden.

Das konsolidierte Haushaltsdefizit, das für 2002 auf rund 3,5% des Sozialprodukts veranschlagt ist, dürfte dennoch auf einer soliden Basis stehen. Ohne die zusätzlichen Ausgaben, die sich als Folge des Friedensabkommens von Ohrid ergeben, würde das Defizit um rund 0,75 Prozentpunkte geringer ausfallen. Das Defizit liegt damit zwar über dem Niveau vor der Sicherheitskrise, aber deutlich unter dem des Jahres 2001.

Inflation und Geldpolitik

Die Inflationsrate blieb trotz der ungünstigen wirtschaftlichen Entwicklung in der erwarteten Bandbreite. Die Lebenshaltungskosten haben sich im Jahresdurchschnitt um 5,5% erhöht, auf Jahresendbasis war nur ein Anstieg von 3,7% zu verzeichnen. Besonders stark haben sich im Jahresdurchschnitt mit 10,9% die Dienstleistungen verteuert (Mieten +11,3%, Transport- und Telekommunikationsdienstleistungen + 9,5%). Lebensmittel waren im Jahresdurchschnitt um 6,9% teurer als im Vorjahr.

Die Einzelhandelspreise lagen im Jahresdurchschnitt um 5,2% über Vorjahresniveau, im Dezem-

ber-Vergleich ergab sich nur eine Erhöhung um 1,2%. Die Entwicklung der Lebenshaltungskosten sowie der Einzelhandelspreise weist übereinstimmende Muster auf: Nach der Einführung der Mehrwertsteuer im April 2000 kam es zu einem Preissprung. Ab Mitte 2000 waren die jährlichen Preissteigerungsraten beider Indizes rückläufig. Die jahresdurchschnittlichen Preissteigerungen überzeichnen wegen des Basiseffekts (Januar bis März) die tatsächliche Entwicklung, wie an den weitgehend stabilen Einzelhandelspreisen im Dezember-Vergleich zu sehen ist.

Ein ähnliches Muster ist bei den industriellen Produzentenpreisen festzustellen. Im Jahresdurchschnitt lagen diese um 2% über dem Vorjahresniveau, im Jahresendvergleich war dagegen ein Rückgang um 2,5% zu verzeichnen. Die Produzenten von Konsumgütern konnten noch jahresdurchschnittliche Preiserhöhungen von 4,6% durchsetzen, während die Preise für Produktionsgüter und Zwischenmaterialien um 0,2% bzw. 0,3% rückläufig waren; im Jahresendvergleich betrug der Rückgang bereits 1,7% bzw. 8%.

Der Einzelhandelsumsatz ist im Jahresdurchschnitt 2001 um 6,6% zurückgegangen. Im Jahresendvergleich war sogar ein Rückgang um 10,7% zu verzeichnen. Die Situation im Großhandel ist noch schwieriger, wie der Umsatzeinbruch von 10,4% im Jahresdurchschnitt bzw. um 27% im Jahresendvergleich zeigt.

Die Geldpolitik der Nationalbank wird durch die de facto-Anbindung des Denar an die DM bzw. den Euro geprägt. Der Denar geriet durch die expansive Fiskalpolitik als Antwort auf die krisenbedingte Rezession im Laufe des ersten Halbjahres immer stärker unter Druck. Auf dem Höhepunkt der Sicherheitskrise Mitte Juni mussten 33,5 Denar für eine DM bezahlt werden. Danach hat der Denar kontinuierlich aufgewertet und hat Mitte Dezember mit 29 Denar für eine DM sogar den höchsten Stand des Jahres erreicht. Am 31. Dezember notierte der Wechselkurs wieder bei 30,3 Denar für eine DM. Zur Stützung des Kurses musste die Nationalbank im ersten Halbjahr Denar gegen Devisen aus dem Markt nehmen. Die Nationalbank hat auf den Verlust von Fremdwährungsreserven Mitte des Jahres mit einer Verschärfung der Geldpolitik reagiert. Im Mai und im Juni wurde der Mindestreservesatz um zwei Prozentpunkte erhöht. Der Zinssatz für kurzfristiges Zentralbankgeld (28 Tage) verdoppelte sich auf 20%. Zusätzlich wurde im August die Frist, in der Exporterlöse der Zentralbank übergeben werden müssen, von 180 Tagen auf 30 Tage reduziert.

Diese Maßnahmen haben auch bei den Geschäftsbanken zu einer leichten Erhöhung der Guthaben- und Kreditzinsen geführt und die Kreditvergabe an den Privatsektor im dritten Quartal stark reduziert. Im Jahresvergleich hat sich die Kreditvergabe an den Privatsektor um 0,8% erhöht. Im November wurde der Zinssatz für kurzfristiges Zentralbank-

geld wieder um 5 Prozentpunkte auf 15% zurück genommen. Im Februar 2002 erfolgte eine weitere Lockerung der Geldpolitik. Der Zinssatz für die kurzfristige Liquiditätsversorgung ermäßigte sich weiter auf 13%.

Die Entspannung der Lage gegen Ende des Jahres war nicht allein auf die Eindämmung der Konflikte im Lande zurückzuführen. Durch die Einführung des Euro wurden dem Bankensystem von privaten Haushalten zum Jahresende Fremdwährungen in Höhe von umgerechnet 380 Mio. USD zugeführt. Die kurzfristigen Deviseneinlagen bei Banken erhöhten sich alleine im Dezember um 113,2%. Auf Jahresbasis hat der Anstieg der Fremdwährungsguthaben privater Haushalte 348,9% betragen. Dabei handelte es sich vor allem um DM, die zum Teil in Euro umgetauscht, teilweise aber auch kurzfristig in Denar angelegt oder in Bargeld getauscht wurden, da Unsicherheit über die künftigen Beziehungen zwischen Euro und anderen Währungen im Markt bestand. Auch die Schließung der Zahlungsbüros am Jahresende hat dafür gesorgt, dass höhere Liquidität im Bankensystem aufgebaut wurde. Diese Bewegungen haben zu einer enormen Ausweitung der Geldmengenaggregate M2 und M4 um 52,1% bzw. 46,2% im Dezember geführt. Im Jahresvergleich haben M1 um 14,5%, M2 um 70% und M4 um 66,1% zugenommen. Dabei ist die Denarkomponente von M2 nur um 13,6% gestiegen, also in etwa in dem Maße wie M1. Trotz des Wachstums von M1 lagen die Sichteinlagen unter dem Niveau des Vorjahres, das Geldmengenwachstum ist also allein auf eine höhere Bargeldkomponente zurückzuführen. Damit hat sich die günstige Entwicklung des Vorjahres wieder umgekehrt.

Da vermutlich ein großer Teil der Denarguthaben wieder in Euro getauscht wird bzw. vermehrt Sparguthaben auch in Denar gehalten werden, dürfte von dieser Seite aber kein inflationärer Druck ausgehen. Für 2002 rechnet die Nationalbank mit einer Geldmengenexpansion (M2) von 7,4% und einer Inflationsrate (Jahresdurchschnitt) von nur noch 2,5%. Die Kreditvergabe der Geschäftsbanken an den privaten Sektor soll sich um 6,8% erhöhen.

Die externe Verschuldung des Staates (mittel- und langfristige Kredite) konnte von 1,44 auf 1,38 Mrd. USD abgebaut werden. Der Schuldendienst blieb konstant bei rd. 170 Mio. USD.

Außenwirtschaft

Die Sicherheitskrise hat auch im Außenhandel Bremsspuren hinterlassen. Der Außenhandelsumsatz hat im Berichtsjahr um 16,5% abgenommen. Dabei waren die Importe deutlich stärker rückläufig als die Exporte, was gegenüber 2000 zu einer Reduzierung des Außenhandelsdefizits um 30,5% führte. Die Exporte gingen um 12,4% auf 1,155 Mrd. USD zurück, die Importe sanken dagegen um 19% auf

1,687 Mrd. USD. Daraus ergibt sich ein Handelsbilanzdefizit in Höhe von 532,5 Mio. USD.

Der Rückgang der Importe ist zum einen auf die geringe Nachfrage als Folge des Wirtschaftseinbruchs zurückzuführen, was auch am Rückgang des Groß- und Einzelhandelsumsatzes zu sehen ist. Zum anderen wurde angesichts der Krisensituation von den ausländischen Lieferanten häufig Vorauszahlung verlangt, wozu viele Importeure nicht in der Lage waren. Besonders ausgeprägt war der Rückgang der Eisen- und Stahlimporte, die zur Weiterverarbeitung und zum anschließenden Export bestimmt sind. Die Einfuhren von Eisen und Stahl lagen um 58,8% unter dem Vorjahresniveau. Entsprechend gingen auch die Ausfuhren von Eisen und Stahl um 12,4% zurück, vor allem bedingt durch den enormen Einbruch der Exporte in die USA.

Nach der Entspannung der Sicherheitslage hat sich die Lücke zwischen Ein- und Ausfuhren wieder vergrößert. Es ist also im Zuge der Normalisierung mit einem wieder steigenden Außenhandelsbilanzdefizit zu rechnen.

Der größte Teil des Außenhandelsumsatzes entfällt mit 49,5% auf Rohstoffe und Halbwaren vor Konsumgütern (47,9%). Bei den Importen dominieren Rohstoffe und Halbwaren mit einem Anteil von 66,4% eindeutig. Die Einfuhr von Produktionsmitteln bleibt mit einem Anteil von 12,4% auf niedrigem Niveau. Auf der Exportseite sind Verbesserungen der Güterstruktur zu beobachten, während sich auf der Importseite keine signifikanten Änderungen ergeben haben. Bei den Ausfuhren konnten Güter mit einem höheren Verarbeitungsgrad ihren Anteil um 5,1 Prozentpunkte erhöhen.

Die EU hat 2001 ihre Stellung als wichtigster Handelspartner weiter ausgebaut. 48,7% der mazedonischen Ausfuhren und 42,4% der Einfuhren sind auf den EU-Handel zurückzuführen, nach 42,6% bzw. 38,3% im Vorjahr. Die zweitwichtigste Gruppe sind die Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien. Diese stehen für 31,4% der mazedonischen Exporte sowie 19,4% der Importe. Die mittel- und osteuropäischen Staaten nehmen 4,9% der mazedonischen Ausfuhren auf und liefern 23,3% der Einfuhren. Die Einfuhren aus Osteuropa werden von Erdöl und -gas dominiert.

Analysiert man den Außenhandel nach Partnerländern, liegt Deutschland mit einem Anteil von 15,9% am mazedonischen Außenhandel an erster Stelle vor der BR Jugoslawien mit 14,9%. Im Handel mit beiden Ländern erzielt Mazedonien einen Handelsüberschuss, der im Falle der BR Jugoslawien mit 109,6 Mio. USD sehr deutlich ausfällt. Allerdings muss angemerkt werden, dass Jugoslawien seinerseits einen positiven bilateralen Handelssaldo vermeldet. Die Zuverlässigkeit der Statistiken hat sich nicht verbessert. Die nächsten Plätze belegen Griechenland (10,1%), Italien (6,9%) und Russland (5,4%). Aus dem Handel mit Russland resultiert mit 115,8 Mio. USD das größte bilaterale Defizit.

Im Handel mit Deutschland verzeichnet Mazedonien im Jahr 2001 wieder einen geringen Handelsbilanzüberschuss. Im Berichtsjahr konnten die mazedonischen Ausfuhren nach Deutschland um 4,3% auf 546 Mio. DM (279 Mio. EUR) gesteigert werden, während die Einfuhren um 8,9% auf 491 Mio. DM (251 Mio. EUR) rückläufig waren. Der Überschuss im Deutschlandhandel wuchs somit auf 55 Mio. DM (28 Mio. EUR).

Trotz des verminderten Außenhandelsdefizits schloss die Zahlungsbilanz (ohne ausländische Finanzhilfen) mit einem Rekorddefizit in Höhe von 10,75% des BIP. Im Zuge der Konflikte ist der Zustrom privater Transfers aus dem Ausland praktisch versiegt. Dies hat die Verbesserung in der Handelsbilanz überkompensiert. Das Devisenpotenzial wird von der Nationalbank per Jahresende mit 1,49 Mrd. USD angegeben und liegt damit um rd. 350 Mio. USD höher als vor Jahresfrist. Als Devisenpotential werden die Reserven der Nationalbank und die Devisenguthaben der Geschäftsbanken bezeichnet. Das würde ausreichen, um die Importe von 11 Monaten zu finanzieren. Die offiziellen Devisenreserven der Nationalbank in Höhe von 775 Mio. USD decken die Importe von 6,1 Monaten – das ist die höchste Rate seit Bestehen des Landes.

Wirtschaftspolitische Maßnahmen, Privatisierung, Strukturwandel

Der Ausbruch offener Feindseligkeiten zwischen der Staatsmacht und albanischen Rebellen hat zu einer politischen Lähmung im Lande geführt. Der Reformprozess kam weitgehend zum Stillstand und hat erst gegen Ende des Jahres wieder Fahrt aufgenommen. Unter dem Eindruck der verzögerten Verfassungsreform, die als Grundlage für eine friedliche Koexistenz von Mazedoniern und ethnischen Albanern sowie anderen Minderheiten gilt, wurde auch die Geberkonferenz für den Aufbau Mazedoniens im Oktober 2001 abgesagt. Ausländische Finanzhilfen haben sich von rund 3,2 Mrd. Denar (53 Mio. EUR) im Jahr 2000 auf rund 500 Mio. Denar (8 Mio. EUR) im Berichtsjahr vermindert. Auch Kreditprogramme wurden wegen nicht eingehaltener Verpflichtungen auf Eis gelegt. Im laufenden Jahr ist mit wieder einsetzenden Finanzhilfen in größerem Maße zu rechnen. Dies gilt gleichermaßen für Kredite zu Vorzugskonditionen. Auf einer Geberkonferenz im März 2002 wurden von rund vierzig Staaten Finanzhilfen über 250 Mio. EUR zugesagt. Allein die EU stellt 104 Mio. EUR zur Verfügung.

Der Privatisierungsprozess kam 2001 trotz der Sicherheitskrise nicht völlig zum Stillstand. Am 31. 3. 2002 waren 1.688 Unternehmen mit insgesamt rund 230 Tausend Mitarbeitern privatisiert. 85 mit insgesamt 9.529 Mitarbeitern befanden sich am 31.3. 2002 noch im Privatisierungsprozess. In der Zeit von

1.1.2001 bis 31.3.2002 wurden 72 Unternehmen mit 4.200 Beschäftigten privatisiert.

Das drängende Problem der Privatisierung bzw. Schließung der größten Verlustbetriebe wurde indes auch im Jahr 2001 nicht gelöst. Der Prozess kam infolge der ethnischen Auseinandersetzungen mit der anschließenden scharfen Rezession zum Stillstand. Zwar wurden drei Betriebe im Jahr 2001 zum Verkauf ausgeschrieben, doch zeigte kein Investor Interesse. Die Gründe dafür dürften neben dem hohen Länderrisiko wegen der Konflikte aber auch in einer wenig investorfrendlichen Gestaltung der Ausschreibung zu suchen sein. So hatten potenzielle Käufer nicht ausreichend Zeit, ein Due-Diligence-Verfahren durchzuführen. Die Verlustbetriebe erhalten zwar keine direkten Subventionen, sie kumulieren aber Zahlungsrückstände an ihre Beschäftigten, den Staat mit Sozialkassen sowie an Banken und andere Unternehmen. Diese Unternehmen sind somit nicht nur für den größten Teil der Verluste der Wirtschaft verantwortlich. Auf sie entfallen zudem die größten Anteile an der zwischenbetrieblichen Verschuldung, notleidende Kredite bei Banken sowie Steuerschulden und Lohnrückstände. Wegen der vielfältigen Verflechtungen mit anderen Unternehmen und Banken müssen daher auch die Wechselwirkungen mit anderen, prinzipiell überlebensfähigen Einheiten beachtet werden.

Die Regierung hat den internationalen Finanzinstitutionen nun eine Lösung bis Ende 2002 zugesagt. Die Vorarbeiten sind inzwischen weitgehend abgeschlossen. Die 40 Unternehmen wurden in drei Gruppen aufgeteilt. Die Einteilung erfolgte nach der Bedeutung der Betriebe für die Gesamtwirtschaft. Untersucht wurde u.a. die internationale Wettbewerbsfähigkeit, Investitionserfordernisse und die Kosten der Schließung für den Staat (Abschreibung der Steuerrückstände, Schuldenerlass, Arbeitslosenunterstützung, Liquidationskosten). In der ersten Gruppe befinden sich sechs Unternehmen mit knapp 8.000 Beschäftigten. Sie wiesen Ende 2000 Verbindlichkeiten über knapp 6,5 Mrd. Denar (106 Mio. EUR) aus; alleine 1999 haben sie Verluste von über 1,75 Mrd. Denar erwirtschaftet. Keines der Unternehmen konnte in den vergangenen Jahren Gewinne erzielen. Eines wurde inzwischen per internationaler Ausschreibung verkauft, drei sind zur Liquidation vorgesehen und bei zweien laufen noch Bemühungen, sie ebenfalls über internationale Ausschreibungen zu verkaufen. In der zweiten Gruppe, bestehend aus 18 Unternehmen mit mehr als 12 Tausend Beschäftigten, sind 4 Unternehmen zur Liquidation vorgesehen. Der Rest wird z.T. noch von internationalen Beratern einem Due-Diligence-Verfahren unterzogen, z.T. laufen Verkaufsanstrengungen und zwei wurden liquidiert mit anschließendem Verkauf von einzelnen Teilen der Unternehmen. Die Unternehmen der dritten Gruppe – v.a. landwirtschaftliche Betriebe – sollen ihre Aktivitäten noch 2002 einstellen.

Das im Oktober 2000 verschärfte Konkursgesetz hat seine beabsichtigte Wirkung bisher verfehlt. Die Zahlungsrückstände des Unternehmenssektors sind zunächst weiter gestiegen. Die Regierung versuchte mit einem Einfrieren der Konten dieser Unternehmen dem Problem zu begegnen, was aber die Zahlungsmoral nicht verbessert hat (die eigentliche Ursache dürfte vielmehr auch in der Zahlungsunfähigkeit liegen).

Im Bankensektor hat sich trotz weiterhin bestehender Probleme die Praxis der Kreditvergabe durchgreifend verbessert. 1999 gingen noch rund 80% der neuen Kredite an die 16 Schuldner mit dem größten Risiko. Das heißt, die Kredite wurden bereits bei Ausgabe als praktisch uneinbringbar eingestuft; das entspricht der Risikokategorie E: vergebene Kredite sind mehr als ein Jahr überfällig oder uneinbringbar. In den Jahren 2000 und 2001 wurden dagegen 95% aller neuen oder verlängerten Kredite an Unternehmen der besten Risikokategorien (A und B) vergeben. Dies ist zum einen auf die verbesserte Bankenaufsicht durch die Nationalbank zurückzuführen. Zum anderen spielt die Privatisierung der größten Bank, der Stopanska Banka, eine wichtige Rolle. Der gewichtete Zinssatz für Kredite an den Unternehmenssektor lag am Jahresende bei 19,15%, nach 19% im Vorjahr. Kleine Unternehmen haben allerdings sehr viel höhere Zinssätze zu bezahlen als große. Dies ist angesichts der Verbesserung in der Kundenstruktur bei rückläufigen Inflationserwartungen ein enttäuschendes Ergebnis. Kreditzinsen in dieser Größenordnung stellen ein Hindernis für eine ausreichende Investitionstätigkeit vor allem kleiner und mittlerer Unternehmen dar.

Dies wird auch durch das geringe Niveau der Intermediation ausgedrückt. Die ausgereichten Kredite des Bankensystems erreichten Ende September 2001 lediglich rund 17% des BIP, die gesamten Aktiva 31% des BIP. Dies ist im internationalen Vergleich außerordentlich wenig; in den mittelosteuropäischen Staaten liegt die Quote minimal bei 65%.

Mit dem Verkauf der Stopanska Banka Anfang 2000 wurde die Privatisierung des Bankensektors abgeschlossen. Die Anzahl der Banken in mehrheitlich ausländischem Besitz liegt bei sechs, darunter befinden sich zwei der drei größten Banken des Landes. Nach der Privatisierung besteht die Aufgabe in der Reorganisation der Banken, die langsam voran kommt. Zwei von acht als "Problembanken" ein-

gestufte Institute wurden dank Verbesserungen in ihrer Geschäftstätigkeit höher bewertet und haben sich aus dem Kreis der „Problembanken“ verabschiedet. Zwei weitere sind aus dieser Gruppe durch Fusion mit anderen Banken ausgeschieden.

Insgesamt sind aber noch immer rund 20 Geschäftsbanken tätig. Angesichts der Konzentration – die beiden größten stehen für etwa die Hälfte der gesamten Aktiva des Bankensystems und zwei Drittel der Einlagen – ist eine weitere Bereinigung wohl unvermeidlich.

Erfolgreich abgeschlossen wurde auch die Umstellung des Zahlungssystems. Die Schließung der Zahlungsbüros erfolgte planmäßig zum Jahresende und deren Aufgaben wurden von der Nationalbank und den Geschäftsbanken übernommen. Bereits im Dezember hat sich diese Maßnahme positiv auf die Liquiditätslage der Geschäftsbanken ausgewirkt.

Eine Reform des Rentensystems ist auf den Weg gebracht worden. Ab 2004 soll neben die umlagefinanzierte Rente als "zweites Kissen" eine kapitalgedeckte Komponente treten. Dabei wird der Schnitt sehr deutlich ausfallen: von derzeit 20% Beitrag zur Rentenversicherung im Umlageverfahren werden ab 2004 13% weiterhin sofort an die Rentner ausbezahlt. Mit den restlichen 7% wird ein individueller Kapitalstock aufgebaut. Die dazu nötigen Pensionsfonds sollen mit Finanzhilfen der internationalen Berggemeinschaft etabliert werden. Da bereits heute die Beiträge nicht die Ausgaben decken, sind ab 2004 sehr viel höhere Haushaltszuschüsse ins Rentensystem erforderlich. Dennoch eröffnet diese Reform langfristig einen Weg aus der andauernden Rentenkrise.

Vorgesehen ist ebenfalls eine Dezentralisierung der Produktion staatlicher Dienstleistungen nach dem Subsidiaritätsprinzip. Lt. Gesetz soll bis Ende 2003 die Verteilung der Zuständigkeiten abgeschlossen sein. Die Zuständigkeiten für Bildung, Gesundheit, Sozialhilfe und Kultur sollen bei den lokalen Gebietskörperschaften angesiedelt werden. Das Finanzministerium bevorzugt aber einen längeren Zeitraum, um ein sachgerechtes Angebot auch auf lokaler Ebene zu gewährleisten. Noch fehlen dazu die finanziellen Voraussetzungen, so dass zunächst die Umverteilung der Einnahmen auf der Agenda steht.

WALTER GRUBER

FJR MazedonienFläche: 25,7 Tsd. km²; Bevölkerung: 2,03 Mio.**Gesamtwirtschaftliche Indikatoren**

| | Einheit | 1997 | 1998 | 1999 | 2000 | 2001* | 2002** |
|---|-------------------------------|--------|--------|--------|--------|-------|--------|
| Wirtschaftsleistung | | | | | | | |
| Bruttoinlandsprodukt | | | | | | | |
| BIP, nominal | Mrd. Denar | 186,02 | 194,98 | 209,01 | 236,39 | 238,0 | . |
| BIP, nominal | Mrd. USD | 3,71 | 3,5 | 3,43 | 3,90 | 3,48 | . |
| BIP, real | Veränd. gg. Vorj., % | 1,4 | 3,4 | 4,3 | 4,3 | -4,6 | 2 |
| BIP pro Kopf | USD | | | | | | |
| | Amtl. Wechselkurs | 1732 | 1783 | 1848 | 1924 | 1714 | . |
| | Kaufkraftparität | 3918 | 4340 | 4648 | 5288 | . | . |
| BIP | Index 1990=100 ¹ | 77 | 80 | 83 | 86 | 82 | . |
| Industrie | Index 1990=100 ¹ | | | | | | . |
| Produktionsentwicklung, real | | | | | | | |
| Industrie | Veränd. gg. Vorj., % | 1,6 | 4,5 | -2,6 | 3,5 | -10,1 | 0 |
| Landwirtschaft | Veränd. gg. Vorj., % | 1,1 | 4,3 | 0,5 | -6,5 | . | . |
| Bauwesen | Veränd. gg. Vorj., % | 0,2 | 2,9 | 12,2 | -3,0 | -2,1 | . |
| Struktur lt. VGR | | | | | | | |
| Industrie | % des BIP | 24,2 | 25,4 | 24,3 | 24,7 | . | . |
| Landwirtschaft | % des BIP | 13,1 | 12,2 | 11,4 | 9,7 | . | . |
| Bauwesen | % des BIP | 6,4 | 6,6 | 7,4 | 6,9 | . | . |
| Dienstleistungen | % des BIP | 56,3 | 55,8 | 56,9 | 58,7 | . | . |
| Anteil des Privatsektors | % des BIP | 50 | 60 | . | . | . | . |
| Anteil des Privatsektors | % der Industrieprod. | | | | | | |
| Anteil des Privatsektors | % der Beschäftigten | 64 | . | . | . | . | . |
| Investitionen | | | | | | | |
| Brutto-Anlageinvestitionen | Reale Veränd. gg. Vorj., % | | 4,9 | -1,4 | 14,9 | -30 | 20 |
| Investitionsquote lt. VGR | % des BIP | 21,0 | 22,3 | 22,4 | 24,4 | . | . |
| Zufluss von Direktinvest., netto | | | | | | | |
| Zahlungsbilanzangaben | Mio. USD | 30,9 | 112,3 | 38,1 | 121,8 | 350 | . |
| darunter aus Deutschland | Mio. EUR | | 1,5 | 1 | 1 | . | . |
| Arbeitsmarkt | | | | | | | |
| Beschäftigte, ges., JD | Mio. Personen | 0,512 | 0,539 | 0,545 | 0,545 | . | . |
| Männer | Mio. Personen | | | | | | |
| Frauen | Mio. Personen | | | | | | |
| in der Industrie | % d. Besch. | 23,0 | 21,0 | 22,0 | 21,1 | . | . |
| im Staatssektor | % d. Besch. | 36 | . | . | . | . | . |
| Arbeitslosenquote, ges., JD | % | 31,9 | 34,5 | 32,4 | 32,2 | 30,5 | . |
| Männer | % | | | | 30,5 | . | . |
| Frauen | % | | | | 34,9 | . | . |
| Geldmengen- und Preisentwicklung | | | | | | | |
| Geldmenge M2, JE | Veränd. gg. Vorj., % | 13,2 | 12,8 | 30 | 24,4 | 70,0 | 7,4 |
| Zinssatz, jährl., JE | %, Rediskontsatz, | 9,2 | 8,9 | 8,9 | 7,9 | 10,7 | . |
| Realzins (PPI, lfd. Jahr), JD | %, jährl., aufg. Kredite | | | | | 17 | . |
| Inflationsrate | | | | | | | |
| Konsumgüterpreise, JD | Veränd. gg. Vorj., % | 4,4 | 0,8 | -1,1 | 5,8 | 5,5 | 2,5 |
| Konsumgüterpreise, JE | Veränd. gg. Vorj., % | 4,5 | -1,0 | 2,3 | 6,1 | 3,7 | . |
| Industriegüterpreise, JD | Veränd. gg. Vorj., % | 4,2 | 4,4 | -1,3 | 8,9 | 2,0 | . |
| Einkommen und Verbrauch | | | | | | | |
| Bruttolöhne, nominal, JD | Veränd. gg. Vorj., % | . | . | 2,4 | 5,5 | . | . |
| Nettolöhne, real, JD | Veränd. gg. Vorj., % | 0,6 | 2,8 | 2,9 | -0,3 | -1,9 | 1 |
| Privater Verbrauch, real lt. VGR | Veränd. gg. Vorj., % | . | 3,3 | 3,6 | . | . | . |
| Einzelhandelsumsatz, real | Veränd. gg. Vorj., % | 4,1 | 1,5 | 17,1 | . | -6,6 | . |
| Sparquote (priv. Haushalte) | % des verf. Eink. | 8,1 | 8,6 | 7,1 | . | . | . |

FJR Mazedonien – Gesamtwirtschaftliche Indikatoren

| | Einheit | 1997 | 1998 | 1999 | 2000 | 2001* | 2002** |
|--|-------------------|--------|--------|--------|--------|-------|--------|
| Lebensstandard | | | | | | | |
| Monatslohn, JD | USD, | | | | | | |
| netto | Amtl. Wechselkurs | 182 | 173 | 160 | 155 | 154 | . |
| netto | Kaufkraftparität | 412 | 421 | 402 | 426 | 426 | . |
| Mindestlohn/Durchschn.-lohn | % | | | | | | |
| Altersrente/Durchschn.-lohn | % | 0,55 | . | . | . | . | . |
| Öffentliche Haushalte (kons.) | | | | | | | |
| Einnahmen | Mio. Denar | | 78273 | 87903 | 105750 | . | . |
| Ausgaben | Mio. Denar | | 79314 | 85957 | 98191 | . | . |
| Budgetsaldo | Mio. Denar | | -1041 | 1946 | 7559 | . | . |
| Budgetsaldo | % des BIP | -2 | -0,6 | 1,0 | 3,5 | -6 | . |
| Öffentl. Verschuldung | % des BIP | | | 49,1 | 48,3 | 46,9 | . |
| Außenwirtschaft | | | | | | | |
| Außenhandel insgesamt | | | | | | | |
| Export | Mio. USD | 1180 | 1880 | 1192 | 1319 | 1155 | 1225 |
| Import | Mio. USD | 1754 | 1320 | 1795 | 2085 | 1687 | 1800 |
| Handelsbilanzsaldo | Mio. USD | -574 | -560 | -603 | -766 | -532 | -575 |
| Anteile wichtiger Handelspartner | | | | | | | |
| Export nach | | | | | | | |
| EU | % der Exporte | 37 | 47,6 | 45,3 | 42,6 | 48,7 | . |
| Deutschland | % der Exporte | 16 | 21,4 | 21,5 | 19,4 | 20,6 | . |
| GUS | % der Exporte | | | | | | |
| Russland | % der Exporte | 2 | 2,2 | . | 0,8 | 1,2 | . |
| CEFTA | % der Exporte | | | | | | |
| Import aus | | | | | | | |
| EU | % der Importe | . | 55,5 | 40,7 | 38,1 | 42,4 | . |
| Deutschland | % der Importe | . | 13,3 | 15,8 | 12,1 | 12,6 | . |
| GUS | % der Importe | | | | | | |
| Russland | % der Importe | . | 0,1 | . | 9,2 | 8,3 | . |
| CEFTA | % der Importe | . | . | . | . | . | . |
| Handel mit Deutschland | | | | | | | |
| Deutsche Ausfuhr | Mio. EUR | 218 | 242 | 261 | 276 | 251 | . |
| Deutsche Einfuhr | Mio. EUR | 203 | 263 | 243 | 267 | 279 | . |
| Deutscher Handelssaldo | Mio. EUR | 15 | -21 | 18 | 9 | -28 | . |
| Gesamtwirtschaftl. Auslandsposition | | | | | | | |
| Leistungsbilanzsaldo | Mio. USD | -276,4 | -308,2 | -113,4 | -107,7 | -200 | . |
| | % des BIP (USD) | -7,4 | -8,6 | -3,1 | -3,0 | -5,7 | . |
| Währungsreserven, ges., JE | Mio. USD | | | | | 1490 | . |
| der Nationalbank, JE | Mio. USD | 280 | 340 | 410 | 710 | 775 | . |
| Wechselkurs, JD | Denar/USD | 49,8 | 54,5 | 56,9 | 65,9 | 68,1 | . |
| | Denar/EUR | 56,2 | 61,07 | 60,62 | 60,73 | 60,9 | 65 |
| Realer Wechselkurs, JE | Index 1995=100 | | | | | | |
| Terms of Trade | Index 1990=100 | | | | | | |
| Auslandsverschuldung, | | | | | | | |
| Brutto, Dez. | Mio. USD | 1139 | 1437 | 1430 | 1440 | 1380 | . |
| Netto, Dez. | Mio. USD | . | . | . | . | . | . |
| Brutto | % des BIP | 30,3 | 39,1 | 38,9 | 40,3 | 40,7 | . |
| Schuldenquote (brutto) | % der Exporte | 96 | 75 | 120 | 109 | 121 | . |
| Schuldendienstquote | % der Exporte | 8,7 | 10,1 | 12,7 | 11,5 | 14,7 | . |

Anmerkung: * = vorläufige Angaben; ** = Prognose; JD = Jahresdurchschnitt; JE = Jahresende.

¹ Jahr vor dem ersten transformationsbedingten Einbruch.

Quellen: : Nationale Statistiken; Berichte der Nationalbank; Berichte der Privatisierungsagentur; IWF; Weltbank; EBRD; BfAi; Statistisches Bundesamt; Deutsche Bundesbank; BMWi, Presseberichte; WIIW.